

## **Beschwerden und Forderungen**

erhoben von Geflüchteten aus der Unterkunft Sedanstr., Osnabrück

Zur Kenntnis an

den Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück

den Leiter der Diakonie in der Unterkunft Sedanstr.

An die großzügigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Osnabrück

Wir sind Geflüchtete aus der Unterkunft Sedanstr. und wir haben unsere drängenden Forderungen in einer von uns selbst ausgehenden Initiative formuliert. Diese Forderungen beziehen sich auf die gravierenden Probleme, welche die Qualität unseres Lebens beeinträchtigen und welche die Folge eines konkreten Drucks sind, der unser Schicksal und unsere Zukunft betrifft.

Infolge des EU-Beschlusses, unser Asylverfahren nicht in Deutschland zu eröffnen und uns statt dessen in das Land des Ersteintritts in die EU abzuschicken, liegt eine schwere Last auf vielen von uns. Wir leben in einem Zustand ständiger Angst vor der Abschiebung. Unsicherheit und Panik verursachen psychische Krisen und führen in vielen Fällen zu chronischen Depressionen. Viele Geflüchtete flüchten sich in Alkohol und Drogen, um über ihr zerstörtes Leben nicht nachdenken zu müssen.

Die Situation wird verschlimmert durch die Art und Weise, in der die Abschiebungen durchgeführt werden. Vielfach verletzt die Polizei das Grundrecht auf Privatsphäre, wenn die Türen zu unseren Räumen verschlossen sind. Sie kommen meistens in der Nacht und niemand von uns kann ruhig schlafen. Sie klopfen an die Tür, und wenn keine Antwort kommt brechen sie die Tür auf. Geflüchtete werden ins Büro gerufen und im Hinterraum wartet die Polizei auf sie. Die Polizei durchsucht die Waschräume und sie kommen während des Frühstücks. Oder es wird gesagt, wir hätten Post bekommen und statt dessen ist es die Polizei. Wir leben in ständiger Angst, in Stress und Unsicherheit.

Die Amtsträger der Stadt, und die Verwaltung der Diakonie haben die Pflicht und Verantwortung, die Öffentlichkeit über die Zustände in den Unterkünften zu informieren. Dazu gehören all die negativen Folgen des Dublin Abkommens. Dieses Abkommen verursacht immens hohe Kosten und Verwaltungsaufwand. Heraus kommt Angst und Schrecken für die Geflüchteten. 90% des Schadens und des Leidens

der Geflüchteten in der Unterkunft Sedanstr. sind durch dieses Dublin-Abkommen verursacht.

#### **Wir fordern:**

- unsere Beschwerden aufzunehmen und die negativen Folgen des Dublin-Abkommens bekannt zu machen,
- unsere Menschenrechte zu achten, insbesondere das Recht auf Privatheit und das Recht auf Schlafenlassen in der Nacht,
- an höchster Stelle Einfluss zu nehmen, die gewaltsamen Methoden der Abschiebung zu überdenken und die Würde und die natürlichen Rechte der Geflüchteten zu respektieren.

#### **Respektiert unser Recht auf Privatsphäre**

Nicht nur die Polizei schreckt uns aus dem Schlaf. Wenn die Post ausgeliefert wird treffen manche Sozialarbeiter, kaum dass sie angeklopft haben, in den Raum – egal, ob sich ein Mensch im Raum befindet. Wir empfinden das als nicht akzeptable Verletzung unserer Privatsphäre.

**Den Sozialarbeitern soll nicht erlaubt sein, unsere Räume zu betreten, wenn sie nicht dazu eingeladen werden. Die Post soll unter der Tür durchgeschoben werden.**

#### **Wir brauchen Übersetzer\*innen und Rechtsberatung**

Viele Geflüchtete leiden um so mehr, als sie im Unklaren sind über ihre Situation und die Rechtslage, und sie sind nicht in der Lage, sich entsprechend äußern zu können. Übersetzer\*innen werden benötigt, damit Vorgänge wie die Protokolle des BAMF, Verhöre oder Arztgespräche abgewickelt werden und Missverständnisse im Alltag geklärt werden können. In Anbetracht der hohen Rate falscher Entscheidungen durch das BAMF soll die Landesregierung eine Rechtsberatung anbieten und die Verfahrenskosten übernehmen für alle Geflüchteten, gleich welcher Herkunft..

**Wir fordern Übersetzer\*innen und einen frei zugänglichen Rechtsweg für alle Dublin-Fälle.**

#### **Wir brauchen eine bessere Gesundheitsfürsorge**

Die hohe Zahl der Geflüchteten in der Unterkunft mit mehr als 200 ständig wechselnden Bewohnern erfordert die Möglichkeit einer medizinischen Akutversorgung. Es gibt ein erschreckendes Ausmaß psychischer Erkrankungen

aufgrund des Schocks, den die Überfahrt in den Todesbooten mit sich gebracht hat, verstärkt durch die Trennung von der Familie und das Leben in einer unbekanntem Umgebung. Darüber hinaus spielen die langen Wartezeiten bis zur Anerkennung, die Bedrohung der Zukunft durch das Dublin-Abkommen und die Isolation in der Unterkunft eine Rolle, dazu die Leere, die aufgrund fehlender Aktivitäten und Programme eintritt – all dies muss aufgefangen werden durch eine kontinuierliche und verlässliche psychologische Unterstützung.

**Wir fordern einen Krankbereich mit medizinischer Betreuung in der Unterkunft, einschließlich psychologischen Personals sowie in Notfällen einen leichteren Zugang zu Psychiatern.**

### **Ernährung und Transport sind unzureichend**

Die Öffnungszeiten der Kantine und die Qualität der Nahrung sind Gegenstand vieler Klagen, insbesondere für die Kinder. Die Küche schließt nachmittags um 5 und öffnet morgens um 7 – die Zeit ohne Essen ist für die Kinder zu lang. Die Geflüchteten dürfen selbst nicht kochen, sie dürfen keine Kocher benutzen und haben keinen Kühlschrank.

**Wir fordern gutes Essen zu vernünftigen Zeiten.**

Die Entfernung von der Sedanstr. in die Innenstadt ist zu Fuß zu weit, besonders für Frauen und Familien mit Kindern.

**Wir bitten deshalb, eine Lösung zu schaffen mit einer Vergünstigung der Fahrpreise für die Geflüchteten.**

### **Wir fordern Bewegungsfreiheit!**

Die Verwaltung der Unterkunft erzwingt eine Anwesenheitspflicht für alle Bewohner. Bei Verstößen gibt es Strafen in Form von Abzügen vom Taschengeld. Viele Bewohner haben berichtet, dass es ein derartiges System in anderen Camps nicht gibt, und sie haben den Eindruck, dass dieses System nur für sie geschaffen wurde. In der Unterkunft gibt es Security-Personal nicht nur am Eingang, sondern eine ständige Bewachung auch in den einzelnen Stockwerken. Außerdem gibt es ein computergestütztes Schließsystem, mit dem jede Bewegung der Geflüchteten kontrolliert wird. Wenn wir woanders auf Besuch sind, verschließen sie unsere Tür, so dass wir für unsere Räume um Zutritt bitten müssen. Sie zwingen uns, Papiere zu unterschreiben, dass wir abends um 12 im Raum sein müssen.

**Eine Unterkunft ist kein Gefängnis! Beendet dieses Kontrollsystem und befreit die Geflüchteten von diesen Zwängen! Wir fordern Bewegungsfreiheit in Niedersachsen!**